

BILLIGSTRATEGIE ZU LASTEN DER BESCHÄFTIGTEN GUTE ARBEIT AM FLUGHAFEN STATT DRUCK AUF LÖHNE

Der Strategiewechsel des Frankfurter Flughafens, zunehmend auf Billig-Airlines und insbesondere auf die irische Fluggesellschaft Ryanair zu setzen, gefährdet aus Sicht der SPD-Fraktion gut bezahlte Arbeitsplätze am Flughafen und führt zu mehr Druck auf die Löhne. **Thorsten Schäfer-Gümbel**, sagte dazu: „Der Frankfurter Flughafen ist mit über 80.000 Beschäftigten der Jobmotor der Region und unseres Bundeslandes. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Hessen ist ohne eine gute wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens schwer vorstellbar.“ Entscheidend sei die Systempartnerschaft zwischen Lufthansa und Fraport. Während die Lufthansa



FOTO: MARTINA HÄUSEL-DAVID

die internationale Drehkreuzfunktion begründete und gestärkt habe, habe Fraport die dafür erforderliche Infrastruktur ausgebaut.

„Diese Systempartnerschaft war in den vergangenen Jahren schon erkennbar brüchig, inzwischen kommt es zu offener Konfrontation. Dabei ist die Landesregierung unter Ministerpräsident Bouffier Teil des Problems für diese

Entwicklung. Größter Anteiliger der Fraport ist das Land Hessen. Wenn die Flughafenstrategie von Politik und Fraport einseitig geändert wird, ohne die Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und an die Konsequenzen für die Beschäftigten zu prüfen, ist das ein Fehler.“

BESOLDUNGSDIKTAT WIRKT WEITER

Die von Schwarz-Grün geplante Anhebung der Beamtenbesoldung für 2017 und 2018 reicht nicht aus, um die Folgen der bisherigen Nullrunden und des Ein-Prozent-Diktats auszugleichen. „Vielmehr beugt sich die Landesregierung widerwillig den sachlichen Notwendigkeiten – und zwar auf einem möglichst niedrigen finanziellen Niveau. Die Besoldung für die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen bleibt also auch in Zu-

kunft hinter dem Durchschnitt der Bundesländer zurück“, kritisierte **Günter Rudolph**. Der Tarifabschluss werde nicht eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten übertragen, sondern mit viermonatiger Verzögerung. „Schwarz-Grün zwingt den Beamtinnen und Beamten in Hessen also erneut eine viermonatige Nullrunde auf.“



FOTO: AEROPRINTS.COM CC 3.0

EIN NEUES LOGO AM FRANKFURTER FLUGHAFEN: FRAPORT LOCKT DEN BILLIGANBIETER RYANAIR MIT VON WIRTSCHAFTSMINISTER AL-WAZIR GENEHMIGTEN SONDERPREISEN

SCHULGESETZ MIT WENIG SUBSTANZ

Als bürokratisches Monstrum mit wenig Substanz bewertet **Christoph Degen** die von Schwarz-Grün beschlossene Änderung des Schulgesetzes. „Sie ist Ausdruck der Ideenlosigkeit, der koalitionsinternen Zerrissenheit und lediglich ein Sammelsurium von minimalen Formelkompromissen.“ Die Novelle enthalte keinerlei Anzeichen von Fortschritt und sei erst recht kein Beitrag zu mehr Chancengleichheit. Es fehle an Impulsen für den Ganztagschul-ausbau. Stattdessen werde mit dem Pakt für den Nachmittag auf ein Konzept gesetzt, das mit zum Teil sehr hohen Schulgebühren gerade Kinder aus finanzschwachen Familien ausschließe.



AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

TEURE ENTSCHEIDUNGEN VON AL-WAZIR

Problematische Personalentscheidungen im Wirtschaftsministerium hat **Günter Rudolph** kritisiert. „Minister Al-Wazir und sein Staatssekretär haben im Ministerium zum 1. April 2017 eine neue Abteilung eingerichtet, die bisher niemand vermisst hat und die offensichtlich nur dazu dient, einen in Ungnade gefallenen Beamten zu versorgen. Es gibt keine sachliche Begründung für die Einrichtung dieser seltsamen neuen Abteilung, die mit einer Reihe von hochdotierten Beamtenstellen ausgestattet wird. Die ganze Aktion wird wenigstens 300.000 Euro Personalkosten im Jahr verursachen.“

WERTSCHÄTZUNG FÜR FEUERWEHREN

Der feuerwehrpolitische Sprecher, **Dieter Franz**, hat die finanzielle Ausstattung der Feuerwehren im Land grundsätzlich begrüßt. „Wir hätten uns allerdings schon einen Hinweis auf die herausragenden Leistungen der Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden in unserem Land gewünscht. Investitionen allein können nichts bewegen ohne die mehr als 76.000 haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen, die mit ihrem Engagement an 365 Tagen des Jahres die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie deren Eigentum schützen.“



DICKE LUFT HERRSCHT IM HESSISCHEN WIRTSCHAFTSMINISTERIUM: MINISTER AL-WAZIR HAT NACH MEDIENBERICHTEN EINEN ERFAHRENE ABTEILUNGSLEITER KALTGESTELLT.

REICHSBÜRGERSZENE UNTERSCHÄTZT

Angesichts von Morden, Brand- und Sprengstoffanschlägen sowie anderen Gewalttaten aus der rechts-extremen Szene hat **Lisa Gnadt** der Landesregierung vorgeworfen, dass sie das Problem zu lange unterschätzt habe. Dies zeige sich auch bei der Gefährdungseinschätzung der sogenannten Reichsbürger. Deren Zahl stieg vom Oktober 2016 von ursprünglich 400 Personen auf aktuell 700 Reichsbürger in Hessen. „Dieses Zahlenchaos ist kaum einem rasanten Mitgliederzuwachs zuzuschreiben. Vielmehr hat die Landesregierung die Entwicklung verschlafen.“



KOHLEAUSSTIEG IST RICHTIG

„Nach dem endgültigen Aus für die Atomkraft im Jahre 2022 ist der schrittweise Ausstieg aus der Koh-

lekraft die nächste große Herausforderung bei der Umsetzung der Energiewende. Die Forderung der Grünen, bis 2020 insgesamt 20 Kohlekraftwerke vom Netz nehmen zu wollen, ist jedoch illusorisch und ausschließlich dem Wahlkampf geschuldet, sagte der Energieexperte der SPD, **Timon Gremmels**. Er erinnerte daran, dass die Bundesregierung aktuell ein Kommission

einrichte, die bis Ende 2018 einen Plan erarbeiten solle, der alle relevanten Faktoren zum Kohleausstieg berücksichtige.



KUNDGEBUNG GEGEN HOMOPHOBIE

Der Abgeordnete **Corrado Di Benedetto** hat zur Kundgebung gegen das homophobe Netzwerk „Demo für Alle“ aufgerufen, das am 6. Mai ein Symposium im Wiesbadener Kurhaus ausrichtete. „Aus Sicht der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag ist es ein erneuter Versuch, den Hessischen Lehrplan für Sexualerziehung zu kritisieren und mit Hilfe von pseudowissenschaftlichen Abhandlungen dagegen Stimmung zu machen. Diesem Ansinnen müssen wir uns in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis entgegenstellen“, sagte Di Benedetto.



BETRIEBSRÄTE UND GEWERKSCHAFTEN EINBINDEN

In der Debatte über einen FDP-Antrag zum Wirtschafts- und Industriestandort Hessen forderte



Stephan Grüger die Landesregierung auf, bei der Wirtschafts- und Industriepolitik stärker Betriebsräte und Gewerkschaften einzubinden. Er verwies auf die sogenannte „Industrieplatzinitiative Hessen“, in der die Landesregierung mit der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände zusammenarbeite, die Gewerkschaften aber nicht einbeziehe.

„Andere Länder organisieren ihre Wirtschafts- und Industriepolitik im Dialog mit Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden, hier hat Hessen noch deutlichen Nachholbedarf“, so Grüger.

Grüger bedankte sich im Namen der SPD beim scheidenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Florian Rentsch für die faire und sachliche Auseinandersetzung, auch wenn man in vielen Punkten nicht einer Meinung gewesen sei.

RESPEKT-KAMPAGNE ALS MEDIALE INSZENIERUNG

Die Kampagne der Landesregierung „Hessen lebt Respekt“ sieht der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion,

Günter Rudolph, als „mediale Inszenierung“ von CDU und Grünen. „Die mit viel Getöse inszenierte Kampagne

spiegelt sich in der praktischen Politik der hessischen Landesregierung leider nicht wieder. Würden es CDU und Grüne damit wirklich ernst meinen, dann würden den salbungsvollen Worten auch entsprechende Taten folgen. Die Politik von Schwarz-Grün zeichnet sich jedoch eher durch die schweren Defizite im Hinblick auf respektvollen Umgang aus. Es fehlt an allen Ecken und Enden an Respekt.“ Rudolph bemängelte, dass über 800.000 Euro Steuergelder für diese Kampagne ausgegeben würden,

wobei lediglich 150.000 Euro tatsächlich für Förderprojekte vorgesehen seien. Jede noch so kleine



Aktion der Landesregierung werde mit einem enormen Werbeaufwand vermarktet.

Die politische Alltag der CDU geführten

Landesregierung, sei seit 1999 von Respektlosigkeit geprägt, zum Beispiel bei der ‚Operation Düstere Zukunft‘, beim Scheitern des Bildungsgipfels oder der Besoldungspolitik.

Für die SPD heiße Respekt, dass es um die wichtigen Fragen gehen müsse. „Respekt vor harter Arbeit heißt Mindestlohn. Den haben wir gegen den Widerstand der CDU letztendlich durchgesetzt.“ Respekt vor Familien heiße vor allem Ausbau und Qualität von Kinderbetreuung.

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

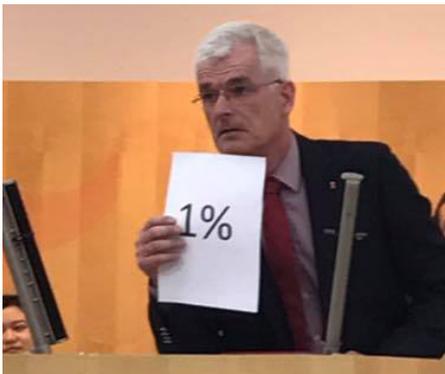


FOTO: JULIA BETTENDORF

DIE VIER „ROTKEHLCHEN“ UND DIE KABARETTISTIN SENAY DUZCU SORGTEN FÜR GUTE UNTERHALTUNG BEIM SPD-FRÜHLINGSEMPFANG

ÜBER 300 GÄSTE ...

... konnte die SPD-Landtagsfraktion zu ihrem traditionellen Frühlingsempfang im Hessischen Landtag begrüßen. In den Mittelpunkt seiner Rede rückte Thorsten Schäfer-Gümbel das Thema soziale Gerechtigkeit. Abgerundet wurde der Abend, der viele Gespräche mit Vertretern von Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Unternehmen bot, mit einem Auftritt der Kabarettistin Senay Duczu und dem à-cappella-Gesang der „Rotkehlchen“.



GERADE EINMAL EIN MAGERES PROZENT LANDESMITTEL STECKT SCHWARZ-GRÜN IN DAS GROSS GEFEIERTES SCHULBAUPROGRAMM, RECHNET TORSTEN WARNECKE VOR.

TÄUSCHUNG BEI BAUPROGRAMM

Als einen klassischen Fall von Augenwischerei bezeichnete der SPD-Haushaltspolitiker **Torsten Warnecke** den Entwurf von CDU und Grünen zu einem Kommunal-Investitionsprogramm „Schulbau“. „Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen feiern sich sehr laut für dieses Programm, leisten aber am Wenigsten. Das Bundesprogramm von 330 Millionen Euro wird durch kommunales Geld von 110 Millionen Euro komplettiert. Einzig Zinsen für zehn Jahre möchte das Land Hessen tragen. Das macht auf zehn Jahre die Summe von gut 4,5 Millionen Euro oder gut 1 Prozent.“

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen

Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Redaktion:

Gert-Uwe Mende

(verantwortlich)

Gerfried Zluga-Buck

Christoph Gehring

Martina Häusel-David

Valeska Fuhr

FEHLENDE HALTUNG ZU EUROPA

Der Landesregierung mangelt es im Hinblick auf die Europapolitik an Problembewusstsein und Lösungskompetenz. In der Erwiderung auf eine Regierungserklärung von Europaministerin Lucia Puttrich sagte **Thorsten Schäfer-Gümbel**: „Man muss in der Europapolitik eine Haltung haben – die aber fehlt. Europapolitische Oberflächlichkeit bringt uns aber nicht weiter. Europa lebt von der Hoffnung auf eine bessere, gerechtere, sozialere und friedliche Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger.“ Statt Vorschläge für eine tiefere Integration der EU zu machen, um Europa solidarischer, gerechter und demokratischer zu gestalten, verharre die CDU in der Sprache des nationalen Egoismus. „Vom Erbe eines zwar konservativen, aber im Herzen überzeugten Europäers wie Helmut Kohl ist heute wenig übrig – weil seine Nachfolgerinnen und Nachfolger in der CDU sich aus Mangel an Interesse und an Engagement nicht entscheiden gegen die spalterischen Kam-

pagnen gegen Europa wehrten.“ Schäfer-Gümbel forderte: „Sagen Sie endlich klar und deutlich, dass es den Deutschen nur gut gehen kann, wenn es auch den Spaniern, Italienern, Portugiesen und Griechen gut geht. Keine europäische Volkswirtschaft profitiert so sehr vom gemeinsamen Wirtschaftsraum wie unsere.“



DIE BEWEGUNG „PULSE OF EUROPE“ DEMONSTRIERT IN VIELEN STÄDTEN - WIE HIER IN WIESBADEN - FÜR EINE PROEUROPÄISCHE POLITIK

FOTO: GERT-UWE MENDE

LAND BEIM STÄDTEBAU ABGEHÄNGT

CDU und Grüne loben sich zu Unrecht für ihr finanzielles Engagement beim Städtebau in Hessen. „Dabei handelt es sich bis auf einen einzigen Fall um Bundesprogramme, bei denen Hessen lediglich eine Kofinanzierung beisteuert“, sagte **Elke Barth**. Auch sei offen, ob es dem Land nunmehr gelingen werde, die vom Bund bereitgestellten Mittel überhaupt ab-



zurufen. Im Jahr 2015 habe Hessen gerade einmal etwas mehr als die Hälfte der bereitstehenden Mittel abrufen können.

Die SPD-Abgeordnete kritisierte, dass sich CDU und Grüne nach wie vor gegen die Idee einer Internationalen Bauausstellung (IBA) sperren. „Mit einer IBA könne Hessen endlich dem Anspruch gerecht werden, eigene Impulse beim Städtebau zu setzen und die Zukunftschancen gerade der Rhein-Main-Region besser zu heben.“